

# SPD

## Klarer Kurs für NRW

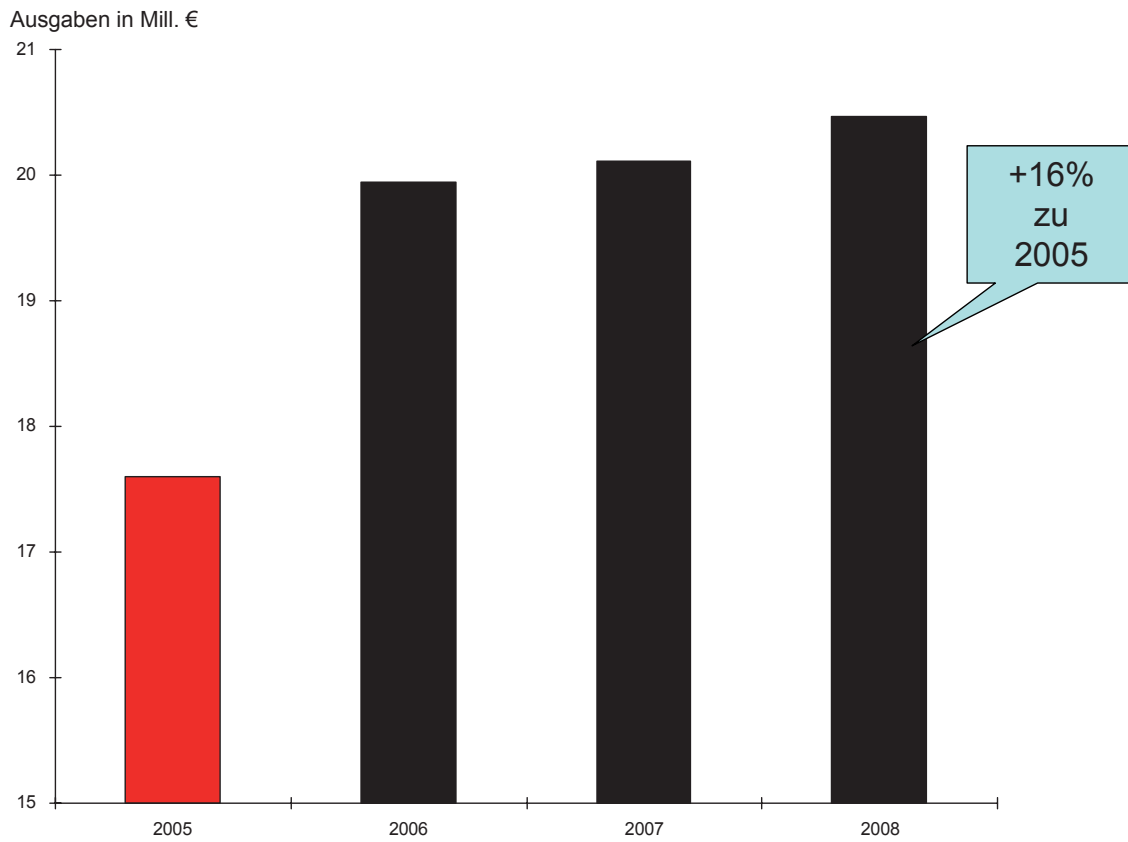
- Beste Bildung für alle
- Gute Arbeit für NRW
- NRW bleibt sozial

# Halbzeitbilanz

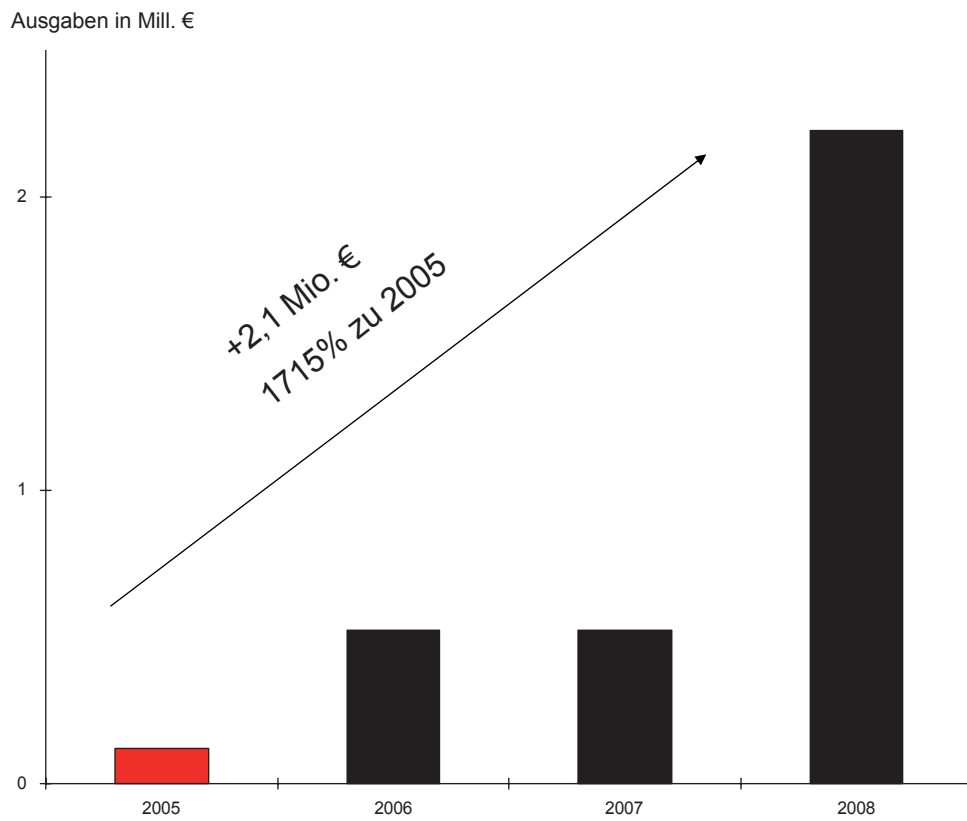
# CDU und FDP

## Falscher Kurs für NRW

- Kürzen bei den Kurzen
- Privat vor Staat
- Politik zu Lasten der Kommunen



Entwicklung Personalkosten Staatskanzlei (mit Kultur, ohne Aushilfen und Fahrer)



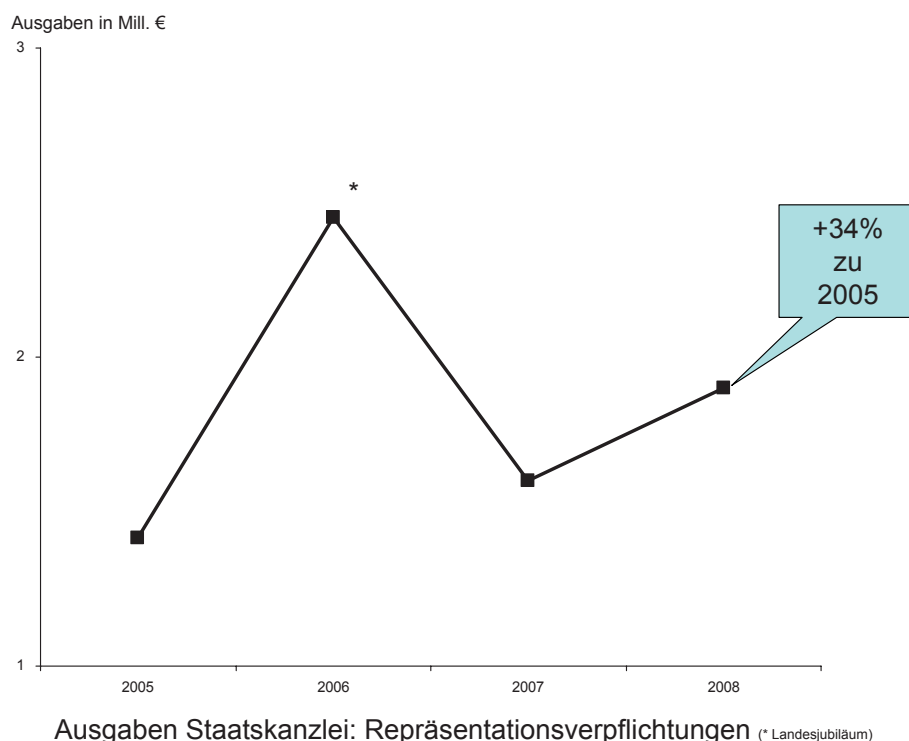
Ausgaben Staatskanzlei: Wissenschaftliche Beratung

## Symbolpolitik statt Verantwortung

Der amtierende Ministerpräsident glaubt bekanntlich an die Macht der Psychologie. Sie macht seiner Meinung nach 50 Prozent des Erfolgs von Politik aus. Folgerichtig setzt er auf Überschriften und Inszenierungen. Er will ablenken von seiner Politik der sozialen Kälte und des rücksichtslosen „Privat vor Staat“. Er will ablenken von einer Politik der gebrochenen Versprechen. Seine so genannte „Koalition der Erneuerung“ ist längst zu einer Koalition der Enttäuschung geworden. Sie richtet sich gegen Kinder und Jugendliche, gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gegen Frauen und Familien, aber auch gegen Städte und Gemeinden.

Diese Politik ruft Protest hervor. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Versuche von Schwarz-Gelb, den Markt und nicht den Menschen in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken. Die Bürgerinnen und Bürger haben durchschaut, dass diese Regierung Symbolpolitik betreibt, dass der Ministerpräsident links blinkt aber gemeinsam mit der FDP rechts abbiegt.

Seit der Regierungsübernahme haben fast 300.000 Menschen gegen diese Politik der Zumutungen vor dem Landtag protestiert. Protestnoten, Resolutionen und Volksinitiativen begleiteten die kurze Regierungszeit. All das schert den Regierungschef nicht. Er ist weit weg von den Problemen der Menschen.



Die Staatskanzlei ist pausenlos aber vergeblich damit beschäftigt, ein künstliches Image zu kreieren. Dafür wird der Etat der Staatskanzlei kontinuierlich erhöht und neues Personal eingestellt - auf Kosten der nordrhein-westfälischen Steuerzahler.

Die Ausgaben für wissenschaftliche Beratung stiegen seit 2005 um 2,1 Millionen Euro oder 1.715 Prozent! Die Mittel für Repräsentationsausgaben sind im gleichen Zeitraum um 34 Prozent gestiegen. Das Resultat ist ernüchternd: Die Arbeit der Regierungszentrale ist gekennzeichnet von Pleiten, Pannen und Peinlichkeiten.

Auch die Versuche, über NRW hinaus Popularität zu gewinnen, sind kläglich gescheitert. In der Bundesregierung ist aus der NRW-CDU kein Minister zu finden. Der Vorsitzende des größten CDU-Landesverbandes spielt parteiintern nur eine untergeordnete Rolle.

## **Kinder, Jugend, Familie - Die Kleinsten sind die größten Verlierer**

Bereits im ersten von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf wurde klar: Bei Schwarz-Gelb werden die Kleinsten zu den größten Verlierern. CDU und FDP haben enorme **Kürzungen bei den Kurzen** vorgenommen und nehmen den Kindern in NRW Chancen statt neue Chancen zu schaffen. Kinder haben in dieser Landesregierung keine Lobby. Der Ministerpräsident persönlich betreibt eine Politik ohne Herz und Verstand.

Die Mittel für die Kindergärten in NRW sind bereits im ersten Haushalt der Landesregierung massiv um 156,9 Millionen Euro zurückgefahren worden. Dieses Geld fehlt jetzt Jahr für Jahr. Und das obwohl der Ministerpräsident 2006 zum „Jahr des Kindes“ ausgerufen hatte.

Gleich zu Beginn ihrer Amtszeit hat die Landesregierung darüber hinaus die Mittel für den Landesjugendplan nicht - wie versprochen - um 21 Millionen Euro aufgestockt: Eine klassische Rolle Rüttgers. Denn in der Opposition hatte er sich stets massiv gegen Kürzungen in diesem Bereich ausgesprochen. Den Protest in der Bevölkerung beantwortete FDP-Fraktionschef Gerhard Papke mit purem Zynismus: „Schlaraffenland ist abgebrannt“.

Besonders fatal für die Zukunft unseres Landes: Das so genannte Kinderbildungsgesetz ist ein Spargesetz. Wir bleiben dabei: **Kibiz ist Mumpitz**. Selbst der Finanzminister hat in entwaffnender Offenheit zugegeben, dass ihm die neuen Bestimmungen „finanzielle Spielräume“ eröffnen. Im Klartext: Es geht darum, den Haushalt auf Kosten der Kinder zu sanieren.

Weit über 200 000 Kinder, Eltern, Erzieherinnen und Erzieher haben gegen das Kibiz protestiert. Das ist die Quittung für eine Regierung, die allen Warnungen von Kirchen, Verbänden und Pädagogen zum Trotz an einem Gesetz festhält, das die Qualität in den Kindereinrichtungen verschlechtert.

Hinzu kommt: Die Landesregierung hat sich bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen aus der Verantwortung gestohlen. Sie hat den Elternbeitragdefizitausgleich abgeschafft. Das bedeutet: Die Gemeinden mit Haushaltssicherungskonzepten oder Nothaushalten haben keine andere Wahl, als die Elternbeiträge anzuheben. Viele Eltern melden ihre Kinder deshalb ab.

## **Bildungspolitik auf dem Rücken von Kindern und Eltern**

Die Bildungspolitik der Landesregierung ist zutiefst ungerecht. Die Abschaffung der Grundschulbezirke, das Aushebeln des Elternwillens durch verbindliche Grundschulgutachten und Prognoseunterricht, weniger statt mehr Durchlässigkeit im Schulsystem sowie die Einführung von Studiengebühren belegen: Dieser Regierung geht es nicht um mehr Teilhabe an Bildung in unserer Gesellschaft. Im Gegenteil: Diese Politik macht den Zugang zu Bildung enger, erschwert ihn. Das führt zu sozialer Ausgrenzung.

Durch das ideologisch motivierte Festhalten am gegliederten Schulsystem werden bereits neunjährige Kinder in Schubladen gesteckt. Sitzenbleiben und Abschulen sind in unseren Schulen trauriger Alltag. Auf neun Absteiger kommt nur ein Aufsteiger. Allein in NRW gibt es **60.000 Sitzenbleiber jedes Schuljahr**. Die Regierungsfaktionen haben kein Konzept, um ein wohnortnahes und qualitativ hochwertiges Schulangebot zu sichern. Die CDU-Politiker vor Ort sind längst weiter als die Landesregierung. Sie fordern Gemeinschaftsschulen (Beispiel: Horstmar und Schöppingen).

Schulministerin Sommer verschwendet Zeit mit unsinnigen Veränderungen. Neu eingeführte Kopfnoten belasten die Lehrerinnen und Lehrer mit einem enormen Arbeitsaufwand. Die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien müssen durch die Neuordnung für das Abitur nach zwölf Jahren eine erhebliche Unterrichtsverdichtung in den Eingangsklassen bewältigen. Die überstürzten und fachlich unausgegorenen Sprachstandserhebungen und die Pannen bei der Einführung des Zentralabiturs haben zu großen Unsicherheiten bei Kindern und Eltern geführt.

Die Aufhebung der **Grundschulbezirke** - gegen die ausdrücklichen Bedenken der Kommunen - führt bereits zu weiteren sozialen Spaltungen und Schulen für Arme und Schulen für Reiche (z.B. Düsseldorf).

Und: Schwarz-Gelb sperrt sich gegen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen. Fakt ist: In NRW werden nur Ganztags Hauptschulen und die Offene Ganztagsgrundschule nur noch gebremst ausgebaut. Anstatt entsprechende Ressourcen auch für Realschulen und Gymnasien bereitzu-

stellen, setzt die Landesregierung auf **Samstag statt Ganztag**. Bei den notwendigen investiven Maßnahmen in Ganztagschulen werden die Kommunen im Stich gelassen.

Die Gesamtschulen werden für ihre innovative Arbeit gelobt und sollen dennoch ausbluten. Die Empfehlung für die Gesamtschule sollte im Grundschulgutachten gestrichen werden, trotz rasant wachsender Beliebtheit dieser Schulform. Die Schulleitungsentlastung für deren differenzierte Aufgaben wurde gestrichen. Der Ganztagsbetrieb an neuen Gesamtschulen ist nach einer Änderung im Schulgesetz nicht mehr als Regelfall möglich bzw. wird verhindert.

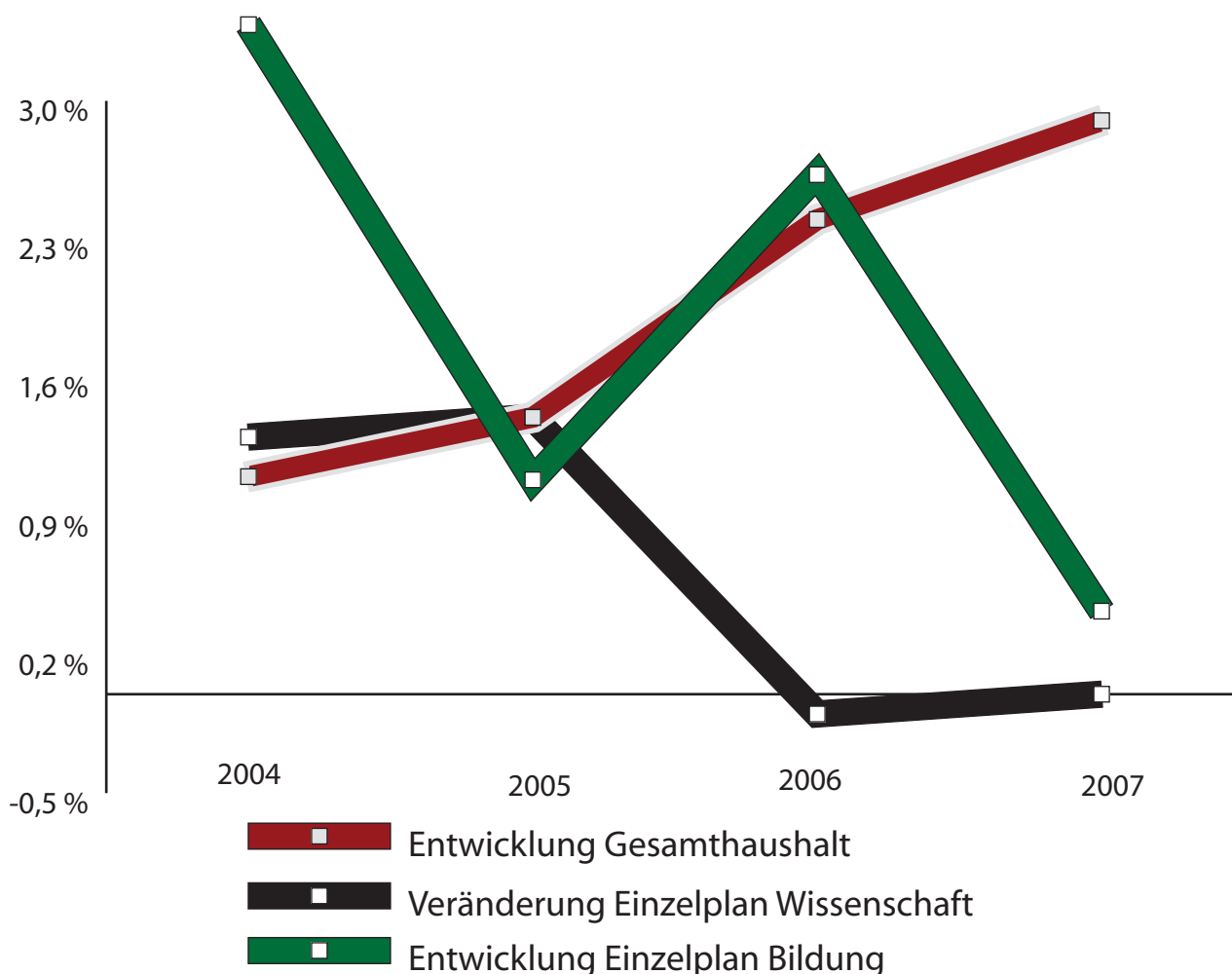
Und wir erinnern uns auch: Die Landesregierung versprach 4.000 neue Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall. In Wirklichkeit werden bis 2009 insgesamt 2.000 so genannte kw-Stellen abgebaut. 4.000 minus 2.000 lautet also die Rechnung. Wir haben lange auf diese **Lehrerstellen-Lüge** hingewiesen und die Landesregierung hat sich mit fadenscheinigen Argumenten aus der Affäre gezogen. Anfang August 2007 hat der Ministerpräsident in einer Pressekonferenz auf Nachfragen von Journalisten endlich zugegeben, dass tatsächlich diese 2.000 Lehrerstellen abgebaut werden.

- Die CDU hatte im Landtagswahlkampf eine Unterrichtsgarantie, die FDP sogar ein Unterrichtssicherungsgesetz zum Abbau von **Unterrichtsausfall** versprochen. Davon sind wir weit entfernt. Insbesondere durch die massive Ausweitung des so genannten „eigenverantwortlichen Unterrichts“ wird die Statistik frisiert. Jeder weiß: Unterricht findet eben nicht statt, wenn Schüler ohne Lehrer „eigenverantwortlich“ im Klassenzimmer sitzen.
- Im Wahlkampf hatte sich Schwarz-Gelb für eine erhebliche Erhöhung der Mittel für die **Weiterbildung** ausgesprochen. Schon mit dem Haushalt 2006 kürzte die Regierungskoalition 5,3 Mio. Euro. Noch schlimmer kam es in 2007: Die Mittel wurden um weitere 8,2 Mio. Euro reduziert. Diese massiven Kürzungen sollen in 2008 fortgeschrieben werden.

## **Hochschule und Wissenschaft - Politik gegen Studenten und die Interessen des Landes**

In Fensterreden sprechen Regierungsvertreter gerne von der Förderung von Talenten. Die schwarz-gelbe Politik bewirkt das exakte Gegenteil. Kürzungen beim Wissenschaftsetat und bei den Studentenwerken haben zur Folge, dass es in Nordrhein-Westfalen weniger statt mehr Chancen für junge Menschen gibt.

- Seit CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen regieren, hat es trotz einer Zunahme der Zahl der Studienberechtigigten **weniger Studienanfänger** gegeben. Das ist ein alarmierendes Signal für den Standort NRW. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen auf der Hand: Die Einführung von Studiengebühren wirkt abschreckend und hält viele junge Menschen vom Studium ab. Bereits 2006 gab es 8,9 Prozent Studienanfänger weniger in NRW.
- Studiengebühren sind sozial ungerecht. Sie führen dazu, dass wissenschaftliche Ausbildung von einem öffentlichen zu einem privaten Gut umdefiniert wird. Die Teilhabe an Bildung wird damit bewusst eingegrenzt. Ein Studium können sich heute viele jungen Menschen nicht mehr leisten.
- Das so genannte Hochschulfreiheitsgesetz wird von Wissenschaftsminister Pinkwart (FDP) gerne als Musterbeispiel für die Ideologie des „Privat vor Staat“ genannt. Die Verlagerung zentraler Kompetenzen vom Land auf einen von der Wirtschaft dominierten Hochschulrat wird die Wissenschafts- und Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen schwächen. Das Gesetz führt zu einem Bedeutungsverlust der geisteswissenschaftlichen und der kleinen „unwirtschaftlichen“ Fächer.
- Von der vielbeschworenen **Innovationsoffensive** ist **nichts zu erkennen**. Im Bereich der Forschung und Entwicklung kann Minister Pinkwart keine eigenen Impulse vorweisen. Stattdessen lebt der Minister von den Erfolgen, die lange vor seiner Zeit der rot-grünen Wissenschaftspolitik angelegt worden



sind. Wissenschaftsminister der SPD legten die Erfolgsgrundlagen für neue Max-Planck-Institute in NRW, die Science-to-Business-Center, den Spitzenrechner in Jülich, die Erfolge nordrhein-westfälischer Universitäten im Exzellenzwettbewerb und auch für den Nobelpreis Physik der in diesem Jahr an Prof. Dr. Peter Grünberg vom Forschungszentrum Jülich verliehen wird.

## Schwarz-Gelb belastet die Kommunen

Zweieinhalb Jahre Schwarz-Gelb in NRW bedeuten zweieinhalb Jahre Politik gegen die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger. Neben den Familien und den Kindern sind die Städte, Gemeinden und Kreise die großen Verlierer bei dieser Landesregierung. Im Koalitionsvertrag hatten CDU und FDP vollmundig versprochen, man sei sich einig, „dass die Kommunen finanzielle Handlungsspielräume zurückgewinnen müssen.“ Doch stattdessen hat die Landesregierung schamlos auf Kosten der Kommunen die eigenen Haushaltszahlen verbessert. Mehr noch: Die wirtschaftliche Betätigung der Städte ist systematisch eingeschränkt worden. Die Ideologie des „Privat vor Staat“ setzt sich über das Gemeinwohl hinweg. Schwarz-gelb verändert bewährte Strukturen – zum Schaden von Nordrhein-Westfalen.

- Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der kommunalen Unternehmen ist ein Angriff auf die Handlungsfähigkeit von Städten, Gemeinden und Kreisen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wird Bürgerinnen und Bürger über höhere Gebühren teuer zu stehen kommen und zu schlechterem Service führen. Der so genannte Bestandsschutz für bisherige Tätigkeitsfelder der **kommunalen Unternehmen** kommt einem „**Tod auf Raten**“ gleich.
- Gezielte Änderungen beim Gemeindefinanzierungsgesetz haben zu schweren Belastungen und zu dauerhaften Kürzungen bei den Städten und Gemeinden geführt. Diese beliefen sich allein für das Jahr 2007 auf 165,3 Millionen Euro. Im kommenden Jahr dürften die **Mindereinnahmen** sogar bei **180 Millionen Euro** liegen.
- Die **Krankenhausfinanzierung** ist zu Lasten der Kommunen neu geregelt worden. So wurde der Kommunalanteil an den Krankenhausinvestitionen von 20 auf 40 Prozent erhöht. 2007 entstand den Kommunen in NRW dadurch eine **Mehrbelastung von 102 Millionen Euro**.
- Die **Städtebauförderung** des Landes wurde von 121 Millionen Euro im Jahre 2005 auf 89 Millionen Euro im Jahr 2007 **zurückgefahren** - mit gravierenden Konsequenzen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommunen.

Die Verfassung der Gemeinden und Kreise wurde in der Vergangenheit nur in einem möglichst breiten Konsens der Parteien im Landtag NRW reformiert. Von diesem Konsensverfahren hat sich die Schwarz-Gelb verabschiedet. Ungeachtet breiter Proteste hat die Regierungskoalition eine Gemeindeordnung und ein Kommunalwahlgesetz durchgesetzt, das auf massive Kritik der Experten gestoßen ist und allein dazu dienen soll, die Wahlchancen von CDU und FDP bei Kommunalwahlen zu verbessern.

- Die **Abschaffung der Stichwahl** bei der Wahl der Bürgermeister und Landräte ist einmalig in Deutschland. In keinem Bundesland gibt es eine solche **Beschneidung demokratischer Rechte** der Bürgerinnen und Bürger. Demnächst werden wichtige Repräsentanten der Kommunen teilweise nur noch von rund 20 Prozent der Wahlberechtigten gewählt.
- Die **Abkopplung der Wahlen** der Bürgermeister und Landräte von der Wahl der Räte und Kreistage ist ein gravierender Fehler. Er führt zu einem Bedeutungsverlust der Wahlen zu Kreistagen und Stadträten und zu geringeren Wahlbeteiligungen.
- Der Verzicht auf die Einführung einer moderaten Sperrklausel erschwert die Arbeitsfähigkeit der Räte und Kreistage. Ihre Arbeit darf nicht durch viele kleine Splittergruppen lahm gelegt werden.

## **Politik gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern**

Der Ministerpräsident nennt sich selber gerne einen Arbeiterführer. Er wollte gleich nach der Landtagswahl „den Blaumann anziehen“. Heute wissen wir: Er vertritt in Wahrheit nicht die Interessen der Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen. Der Regierungschef steht für den **konsequenten Abbau von Arbeitnehmerrechten** und trägt eine Mitschuld daran, dass es auch in NRW zu Lohndumping kommt. Zugleich hat die Landesregierung den Strukturwandel in NRW für beendet erklärt – mit teilweise dramatischen Folgen für einzelne Regionen des Landes.

Die Liste der arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Verfehlungen ist lang:

- Das **Tariftreuegesetz** ist **ersatzlos gestrichen** worden. Daran hat auch der CDA-Bundesvorsitzende und NRW-Arbeitsminister nichts geändert. In NRW können somit auch solche Unternehmen öffentliche Aufträge erhalten, die sich nicht an tarifliche Vereinbarungen halten. Bemerkenswert: Hessens konservativer Ministerpräsident Roland Koch hat das Tariftreuegesetz in seinem Land gerade eingeführt.

- Die **Mitbestimmung** im öffentlichen Dienst ist massiv beschnitten worden. Dabei wollte der Ministerpräsident NRW zum Land der Mitbestimmung machen. Gegen diese Politik gingen im August 2007 mehr als 10.000 Menschen auf die Straße. Sechs CDU-Abgeordnete gaben persönliche Erklärungen gegen die Änderungen am Landespersonalvertretungsgesetz ab, weil sie dies nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können.
- Die Landesregierung blockiert auf der Bundesebene die Einführung von Mindestlöhnen, die es vielen Menschen ermöglichen würde, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten.
- Der Vorschlag zur **Verlängerung des ALG I** war erkennbar **purere Populismus**. Auf die angekündigte Bundesratsinitiative wartete NRW vergeblich. Außerdem richtet er sich gegen junge Arbeitslose, Frauen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit gebrochenen Erwerbsbiographien. Er spielt Generationen gegeneinander aus und wird innerhalb der CDU und von der FDP nur akzeptiert, wenn gleichzeitig der Kündigungsschutz geschwächt wird.
- Programme zur Verbesserung von Ausbildungschancen wurden empfindlich gekürzt. Die **Mittel** für den Bau und die Ausstattung **beruflicher Bildungsstätten** sollen 2008 um nahezu die Hälfte **zusammengestrichen** werden.
- Das neue **Ladenöffnungsgesetz** geht zu **Lasten der Beschäftigten und des Mittelstandes**.
- **Fördermittel** vergibt die Landesregierung nur noch nach dem Gießkannenprinzip und **nicht mehr nach Bedürftigkeit**. Gleichzeitig zieht sie sich aus der Kofinanzierung der EU-Mittel zurück. Das trifft gerade die Menschen in strukturschwachen Regionen.

## Wortbruch im Gesundheitswesen

Im Gesundheitsbereich betreibt die Landesregierung schweren Wortbruch. Mit dem **Stopp der Investitionsprogramme 2006 und 2007** verschärft sich der Investitionsstau lange geplanter Baumaßnahmen erheblich. Mit dem Haushalt 2008 verschlechtert sich die Lage weiter. Wichtige und lange zurückgestellte Modernisierungsvorhaben verschleppen sich.

## Zerschlagung von Strukturen in der Frauenpolitik

In der Frauenpolitik hat die Landesregierung nicht nur **schwerwiegende Kürzungen** vorgenommen, sondern ganze **Strukturen** unwiederbringlich **zerschlagen**. Durch den Wegfall der vierten Stelle in Frauenhäusern, können Frauen nicht mehr außerhalb der Bürozeiten aufgenommen werden. Zudem sind im letzten Jahr 100 Plätze für Frauen und Kinder in Frauenhäusern weggefallen.

## Privat vor Staat auch im Wohnungsbau – Politische Geisterfahrt in der Verkehrspolitik

Die Landesregierung hat sich in dramatischer Weise aus ihrer Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter und die Gestaltung des Lebensumfeldes in unseren Städten zurückgezogen. Nicht nur die **Kürzungen bei der Wohnungsbauförderung** sind hierfür ein klarer Beleg.

Auch der geplante Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) läuft jeglicher sozialer Verantwortung zuwider. Die LEG ist längst ins Blickfeld milliardenschwerer Finanzinvestoren geraten. Die Landesregierung will mit dem Verkauf von 100.000 landeseigenen Wohnungen wertvolles Tafelsilber verscherbeln. Die **Interessen der Mieterinnen und Mieter** spielen dabei – allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz – nur eine **untergeordnete Rolle**.

Noch im Wahlkampf hatte Rüttgers 280 Millionen Euro für ein Sonderprogramm „Verkehrsinfrastruktur NRW“ versprochen. Unmittelbar nach der Wahl wurden die **Landeszuschüsse** für Investitionen in **Bundes- und Landesstraßen um 40 Millionen Euro gekürzt**. Auch in der Verkehrspolitik zeigte sich damit rasch: Dieser Regierung kann man nicht trauen. Sie hält nicht, was sie versprochen hat.

Ausweis der zukunftsfeindlichen Verkehrspolitik der Landesregierung ist auch die Tatsache, dass die Mittel zur Förderung privater Eisenbahnen komplett gestrichen wurden. Stattdessen setzt sich Minister Wittke für **Monstertrucks** auf den ohnehin schon überlasteten Straßen in NRW ein. Eine ökologische Ausrichtung der NRW-Verkehrspolitik ist dem Verkehrsminister offenbar völlig fremd. Auch die Staus nehmen entgegen den vollmundigen Ankündigungen des zuständigen Ministers eher zu als ab.

Die Verantwortung für ein angemessenes Angebots im ÖPNV wird von der Landesregierung auf die Kommunen abgewälzt. Das trifft insbesondere den ländlichen Raum. Hinzu kommt: Die **Kürzungen der Regionalisierungsmittel** des Bundes für den ÖPNV werden in Nordrhein-Westfalen - anders als in anderen Bundesländern - **nicht ausgeglichen**.

## Nur heiße Luft beim Verbraucher- und Umweltschutz

Völlig planlos und ohne jeglichen Ehrgeiz agiert die schwarz-gelbe Landesregierung bei den wichtigen Themen Verbraucher- und Umweltschutz. In beiden Bereichen hat es bis auf den heutigen Tag keine einzige nennenswerte Initiative gegeben.

Im Gegenteil: Die **Kürzungen bei den Verbraucherzentralen** kommen einer groben Missachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger gleich. Bereits nach dem ersten Haushalt der Landesregierung mussten mehrere Verbraucherberatungsstellen schließen. Allein im Jahr 2007 bekommen die verbliebenen Beratungsstellen drei Millionen Euro weniger als zur Zeit der letzten rot-grünen Landesregierung.

Auch in der Verbraucherschutzpolitik setzt der Ministerpräsident auf Effekthascherei statt konkreter Politik zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Auf dem Höhepunkt des **Gammelfleischskandals** versprach er im September 2006 auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen CDU, es sollten **300 neue Lebensmittelkontrolleure** eingestellt werden. Jetzt ist für 2008 der Einsatz von sogenannten Kontrollassistenten mit halbjähriger Schnellausbildung geplant. Mit solchen Billigprüfern ohne ausreichende Qualifikation wird auch dieses Versprechen des Ministerpräsidenten zur **Mogelpackung**.

Abgetaucht ist die CDU auch beim **PFT-Skandal** und bei der Auseinandersetzung um die **CO-Pipeline**. Informationen werden erst dann veröffentlicht, wenn die Verbreitung ohnehin nicht mehr zu verhindern ist. Auf ein schlüssiges Konzept des Umweltministers zum Umgang mit dem hochgiftigen und krebserregenden PFT im Trinkwasser warten die Menschen bis heute vergeblich.

Die möglichen Folgen des Klimawandels spielen im Denken der Landesregierung offenbar keinerlei Rolle. Nur so ist es zu erklären, dass die Fortschreibung des **Klimaschutzberichtes** von Schwarz-Gelb abgesetzt wurde. Das im Sommer 2007 reformierte Landschaftsgesetz bietet weniger statt mehr Schutz für die natürlichen Lebensgrundlagen. Bis auf den heutigen Tag verweigert die Koalition einen Sonderausschuss zum Thema Klimawandel im Landtag.

Minister Uhlenberg hat neun Monate nach **Kyrill** die Probleme immer noch nicht im Griff. Auf lange Frist verschärft die CDU/FDP-Koalition mit ihrem Umbau der Forstverwaltung die Probleme im Forstbereich sogar weiter. Dabei nimmt sie die Zerschlagung des Landesbetriebes in Kauf und **verspielt die Chancen einer besseren Holznutzung**.

Dazu passt, dass seit zwei Jahren im Umwelt- und Naturschutz Haushaltsmittel gestrichen werden. Allein bei den **Biologischen Stationen** sind rund 20 Prozent **gekürzt** worden.

## Atomstrom statt Ökostrom - Landesregierung verspielt Wettbewerbsvorsprung

In der Energiepolitik handelt die Landesregierung gegen die Interessen des Landes und seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie verkennt die Potenziale, die in den heimischen Energieformen, gerade in NRW - dem Energieland Nummer Eins - liegen.

- Die Landesregierung verspielt den Vorsprung, den NRW im Bereich der erneuerbaren Energien errungen hatte: Der **Erlass zur Windenergie behindert den Austausch** veralteter Windräder. Das führt dazu, dass NRW in diesem Bereich im Ländervergleich immer weiter zurückfällt. Der Anteil Nordrhein-Westfalens am Neubau von Windrädern in Deutschland ist von 2004 bis 2006 von 11,3 Prozent auf 7,5 Prozent eingebrochen. Auch die Nutzung von Erdwärme wird durch **unbegründete Gebührenerhöhungen** um teilweise mehrere 1.000 Prozent ohne Not geschwächt. Gleichzeitig wurde das erfolgreiche **REN-Programm** zur Förderung der erneuerbaren Energien von 2006 bis 2008 um 47 Prozent gekürzt.
- Bei ihrer Politik gegen die **Steinkohle** hat der Ministerpräsident aus ideologischen Gründen die Interessen des Landes ignoriert: Die Landesregierung will den Steinkohlebergbau beenden, hat aber kein Konzept für die Regionen, in denen der Bergbau heute noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. **Diese betroffenen Regionen werden im Stich gelassen.** Die Landesregierung hat keine Antwort auf den akut drohenden Verlust von mindestens 20.000 Arbeitsplätzen und rund 3000 Ausbildungsplätzen.

Bei CDU und FDP herrscht Fehlanzeige bei einer Energiepolitik im Interesse des Landes und der Verbraucherinnen und Verbraucher: Die Landesregierung handelt gegen konkrete Planungen moderner, effizienter und umweltfreundlicher Kraftwerke und damit gegen mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt: Auf Landesebene werden die **Stadtwerke** als neuer Wettbewerber **geschwächt**, vor Ort werden neue Kraftwerke wie in Krefeld oder im rheinischen Braunkohlenrevier mit den Stimmen der CDU in den Gremien **bekämpft**.

Stattdessen setzt die Landesregierung allein auf eine Renaissance des Atomstroms, obwohl die breite Mehrheit der Bevölkerung Kernenergie klar ablehnt.

## In der Innen- und Rechtspolitik blamieren sich die Minister auf der ganzen Linie

In der Innen- und Rechtspolitik agieren die zuständigen Minister erkennbar ohne Konzept. Ihre Arbeit ist gekennzeichnet von Unprofessionalität und Widersprüchen.

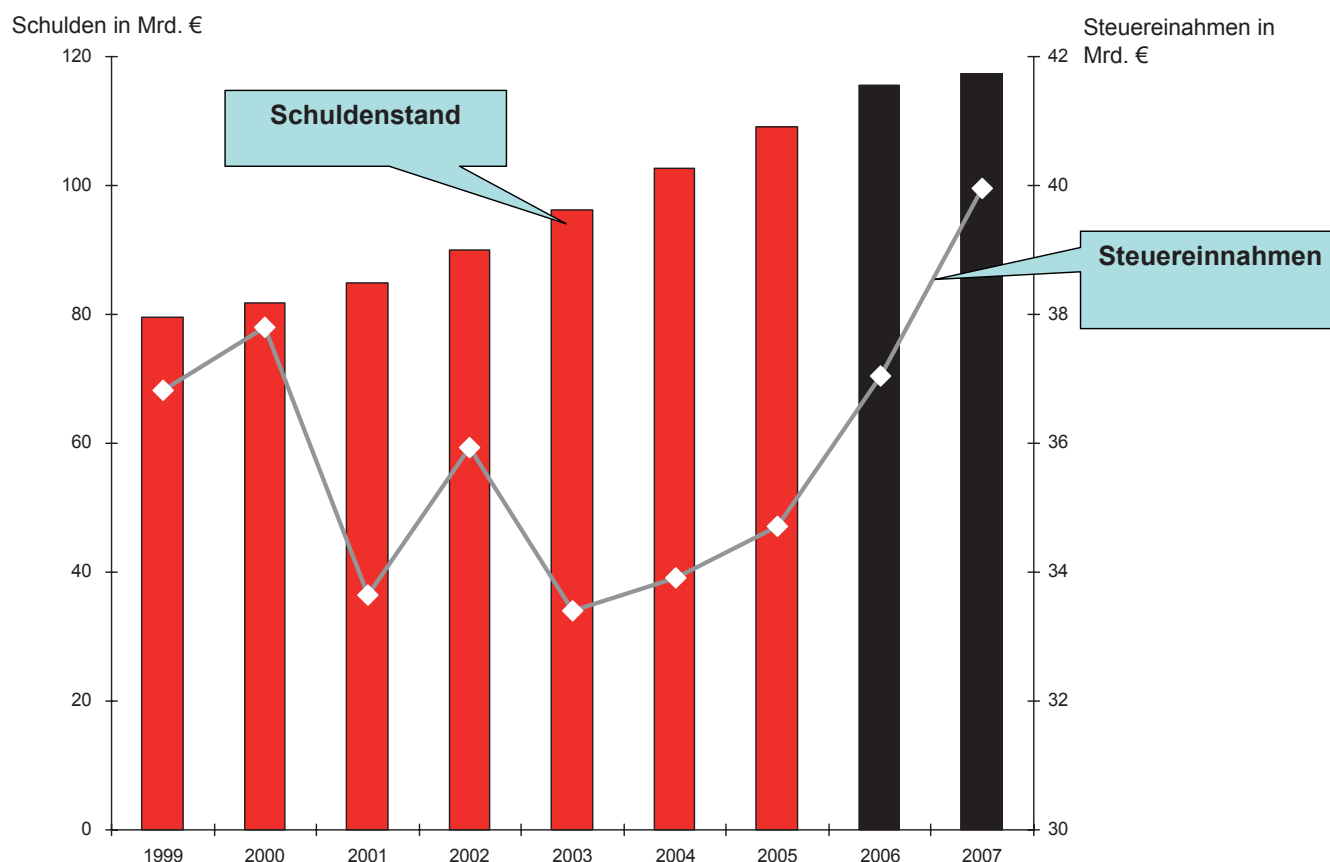
Mit seinem neuen **Verfassungsschutzgesetz** hat sich Innenminister Wolf bis auf die Knochen blamiert. Mitglieder seiner eigenen Partei haben in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen die vom Minister im Gesetz ermöglichten Onlinedurchsuchungen eingelegt. Schon am ersten Verhandlungstag vor dem Bundesverfassungsgericht wurde klar, dass die Richter das Gesetz mit Pauken und Trompeten werden durchfallen lassen. Selbst der Bevollmächtigte der Regierung, ein angesehener Jurist, distanzierte sich in Karlsruhe von dem Gesetz: Ein wahres **Desaster für den Innenminister**.

- Die groß angekündigte **Verwaltungsstrukturreform** war fest versprochen und hat nun eine **Beerdigung zweiter Klasse** erfahren. Damit ist ein zentrales Projekt der Landesregierung am Widerstand aus den eigenen Reihen und den Verantwortlichen in den betroffenen Behörden gescheitert.
- Angeblich aufgelöste Behörden wurden in Wirklichkeit nur umbenannt. Hier hat die Landesregierung lediglich die Türschilder ausgetauscht. Dennoch ist der Flurschaden, den Schwarz-Gelb in der Verwaltung angerichtet hat, gewaltig: Der Ministerpräsident und der Innenminister haben an einigen Stellen in bewährte Strukturen eingegriffen und wollen funktionierende Verwaltungseinheiten - wie die Versorgungsämter und die Umweltverwaltungen - zerschlagen. Vermeintlich eingesparte Kosten wurden in Wahrheit auf die Kommunen abgewälzt. Die betroffenen Bürgerinnen und Beschäftigten müssen nun die Belastungen tragen.
- Von der völlig **misslungenen Polizeireform** vermag auch die Wiedereinführung der Reiterstaffel nicht abzulenken. Sie ist ein rein symbolpolitischer Akt – ohne jeglichen Zugewinn an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus verschlingt die Reiterstaffel Steuergelder in Höhe von zwei Millionen Euro jährlich.
- Justizministerin Müller-Piepenkötter ist sichtlich überfordert, wenn es darum geht, den Pannen im Strafvollzug energisch und mit einem überzeugenden Konzept zu begegnen. Beim Foltermord in der JVA Siegburg und auch beim spektakulären Ausbruch aus der JVA Krefeld war ihre Informationspolitik desaströs.

- Das Versprechen der Ministerin, dass im Justizbereich kein Personal abgebaut werden soll, ist nicht eingehalten worden. Richter und Staatsanwälte haben hiergegen im Oktober 2007 demonstriert - auf der größten Kundgebung dieser Berufsgruppe, die es je gegeben hat.

## Finanz- und Haushaltspolitik - Konsumieren statt Konsolidieren

- Bei Amtsantritt hatte die Regierung einen konsequenten Schuldenabbau versprochen. Stattdessen nimmt sie weiterhin neue Schulden auf. Die Landesregierung ist **2005 mit 110 Milliarden Euro** Schulden gestartet und hat bei der Halbzeit 2007 bereits **117 Milliarden Euro** Schulden angehäuft.
- Dabei kann die Landesregierung über stetig steigende Steuereinnahmen verfügen. **Seit Regierungsantritt sind acht Milliarden Euro** mehr durch **Steuereinnahmen** in der Kasse. Trotzdem wurden und werden bewährte Strukturen im sozialen Bereich zerschlagen.



- Der Finanzminister hatte versprochen, alle Mehreinnahmen in den Abbau der Neuverschuldung zustecken. Stattdessen **steigen die Ausgaben kontinuierlich an**. Trotzdem werden in den schwarz-gelben Haushalten die falschen Schwerpunkte gesetzt. Bildung hat keine Priorität.
- Der Finanzminister ist alles andere als ein ehrlicher Kaufmann. Er **setzt** bei der Aufstellung seiner Haushalte **Steuereinnahmen regelmäßig zu niedrig an**. Für das Jahr 2007 hatte der Finanzminister bei Einbringung Steuerermehrungen in Höhe von 1,41 Mrd. Euro veranschlagt, tatsächlich geflossen sind bis einschließlich September 3,24 Milliarden Euro.
- Wenn die Landesregierung Geld spart, dann spart sie auf Kosten anderer. Alle relevanten Sparmaßnahmen wurden auf Dritte abgewälzt, Hauptleidtragende sind die Kommunen.
- **Haushalt verfassungswidrig**: Der Finanzminister ist ein Verfassungsbrecher. Gleich der erste von der schwarz-gelben Regierung verabschiedete Haushalt, der Nachtragshaushalt 2005, war verfassungswidrig, wie der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion festgestellt hat.

# Klarer Kurs für NRW

Kritische Auseinandersetzung mit der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen ist die Aufgabe der SPD-Landtagsfraktion. CDU und FDP bieten in allen Politikbereichen zahlreiche Anlass. Die Landesregierung verändert Nordrhein-Westfalen zum Schlechten - weniger Chancen für Kinder und Jugendliche, verschärfte Bildungsauslese, weniger Mitbestimmung, Politik zu Lasten von Städten und Gemeinden, um nur einige Bereiche zu nennen.

Doch die SPD-Landtagsfraktion entwickelt darüber hinaus ein klares eigenes Zukunftskonzept für Nordrhein-Westfalen. Wir werden den Menschen in Nordrhein-Westfalen eine bessere, zukunftsgerichtete und gerechtere Politik anbieten. Wir wollen Politik gestalten. Wir haben einen klaren Kurs für unser Nordrhein-Westfalen.

Unsere Strategie steht, die Schwerpunkte sind definiert, der Zeitplan wird eingehalten. Unser Ziel sind die Kommunal- und die Landtagswahlen 2009/2010. Die Arbeitsschwerpunkte sind:

- Arbeit und Ausbildung
- Beste Bildung für alle
- Sozialer Zusammenhalt
- Wirtschaft, Innovation und Ökologie
- Kommunalfreundliches Land

## Arbeit und Ausbildung

Auch wenn die von der früheren und aktuellen Bundesregierung eingeleiteten Reformen und die gute konjunkturelle Entwicklung zu einer erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt geführt hat, gibt es noch viel zu tun. Wir müssen die Reformen des Arbeitsmarktes überprüfen und weiterentwickeln. Von zentraler Bedeutung sind dabei besonders der Mindestlohn, die Bekämpfung von Missständen bei der Leih- und Zeitarbeit, die prekären Arbeitsverhältnisse und die Notwendigkeit, einen sozialen Arbeitsmarkt zu entwickeln. Ziel der Reform war und bleibt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit mehr Menschen dauerhaft gute Arbeit finden können. Erst dadurch erwerben sie Ansprüche aus der Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit, im Krankheitsfall und im Rentenalter.

Auf Bundesebene sind viele Möglichkeiten geschaffen worden, Arbeitsverhältnisse flexibel zu gestalten. Die Instrumente greifen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die neuen Flexibilisierungsmöglichkeiten teilweise dazu führen, dass trotz der besseren Lage der Unternehmen die Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer keine dauerhaften und sicheren Arbeitsplätze erhalten. Aus Übergangsregelungen, die den (Wieder-) Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollten, werden teilweise Dauerregelungen zu Lasten der Beschäftigten. Aus sinnvoller Flexibilität entstehen Maßnahmen zum Lohndumping. Hier muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Wir streben eine **echte Ausbildungsgarantie** für alle jungen Menschen in einer qualitativ hochwertigen Ausbildung an. Dafür müssen insgesamt mehr Ausbildungsplätze im dualen System geschaffen werden. Dazu bedarf es weit größerer Anstrengungen, als sie bisher im Ausbildungskonsens vereinbart worden sind. Es gilt auch, ein höheres Maß an **Gerechtigkeit herzustellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrieben, die nicht ausbilden**, obwohl sie es könnten. Um langfristig eine echte Ausbildungsgarantie zu verankern, reichen Maßnahmen im und für das duale System zurzeit alleine nicht aus. Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu garantieren, brauchen wir – zeitlich befristet – neben dem dualen System eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige staatlich verantwortete **zweite Säule in der Berufsbildung**. Gerade hier ist auch das Engagement des Landes gefordert.

Zugleich muss die Landespolitik Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, die finanzielle **Last der ausbildenden Betriebe zu senken** und damit die Ausbildungsbe-reitschaft der Wirtschaft zu steigern. Dafür hat die SPD-Landtagsfraktion ein Konzept vorgelegt, um über verschiedene Anreize eine stärkere Ausbildungsleistung der Wirtschaft zu erreichen. Die Kammern sollen ihre Beratung und Service für die nicht ausbildenden Betriebe verbessern und die ausbildenden Betriebe von zusätzlichen Kosten der Ausbildung, wie etwa Prüfungsgebühren, entlasten. Im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags sollen die Kammern zugleich einen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben sicherstellen. Ergänzend hat die SPD-Landtagsfraktion das **Programm „2 x 2.000“** entwickelt, mit dem die Betriebe, finanziell belohnt werden, die über Bedarf neue und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

## **Beste Bildung für alle**

Die Bildung unserer Kinder ist das größte Zukunftskapital, das wir haben. Bildungspolitik ist deshalb das zentrale Handlungsfeld von Landespolitik. Die SPD hat ein ganzheitliches und zukunftsweisendes Konzept vorgelegt: Beste Bildung für alle. Wir wissen: Bildung ist das wichtigste Rüstzeug, das wir Kindern mitgeben können, um eine gute Zukunft für sie und für das Land möglich zu machen. Entscheidend ist, Qualität und Ergebnisse von frühkindlicher Bildung, Schule, Universität und Fort- und Weiterbildung ständig weiter zu verbessern. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich daher gleich mit Beginn der Wahl-

periode entschieden, im Bereich **Bildung, Kinder und Familien** den **Schwerpunkt** ihrer Arbeit zu legen.

Wir beweisen dies auch jedes Jahr in den Haushaltsberatungen. Während die Landesregierung nicht in der Lage ist, einen klaren politischen Schwerpunkt zu setzen, legt die SPD-Landtagsfraktion in ihren Änderungsanträgen zum Haushalt seit dem Herbst 2005 konsequent den Schwerpunkt auf Bildung, Kinder und Familien. Mit den Anträgen ist jeweils deutlich gemacht worden: Es ist möglich, ohne zusätzliche Schulden insbesondere die Bereiche Kindergarten und Schule finanziell zu stärken und dabei wichtige strukturelle Änderungen einzuleiten. Im Bereich der Kindergärten und Kindertagesstätten wären damit die von Schwarz-Gelb verursachten Elternbeitrags erhöhungen vermieden worden. Höhere Kindergartenbeiträge sind aber der völlig falsche Weg. Wir treten für die Abschaffung der Kindergartenbeiträge ein. Der Besuch des **letzten Kindergartenjahres** vor der Grundschule soll verpflichtend sein und im Gegenzug **vollständig beitragsfrei**. Das ist der Einstieg für die vollständige Beitragsfreiheit in den Kindergärten. Bei den Schulen muss vorrangig der weitere **Ausbau des Ganztags** an den Grundschulen und an allen weiterführenden Schulformen finanziert werden.

Im Gespräch mit zahlreichen externen Expertinnen und Experten hat die SPD das Konzept ‚Beste Bildung für alle‘ entwickelt. Es basiert auf vier Grundsätzen:

- Bildung muss beitrags- und gebührenfrei sein - von der Kita bis zur Hochschule
- Kinder müssen länger gemeinsam lernen
- Alle Schulen sollen Ganztagschulen werden
- Wir müssen den Elementarbereich ausbauen und seine Qualität verbessern

Das erklärte Ziel der SPD-Landtagsfraktion ist es, Bildungsgänge zu öffnen, breiter anzulegen, damit mehr und besser qualifizierte junge Menschen höhere Bildungsabschlüsse erreichen. Viele Fachleute warnen zu Recht, dass die Schul- und Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung in die gegenteilige Richtung weist. Darüber können blumige Versprechungen nicht hinwegtäuschen. CDU und FDP verengen die einzelnen Bildungsgänge und machen den Wechsel schwieriger. Die Durchlässigkeit geht verloren. Gänzlich unberücksichtigt in der Bildungspolitik der Landesregierung bleibt, dass die Schulen vor neuen, großen Herausforderungen stehen. Das bestehende dreigliedrige Schulsystem findet weder eine Antwort auf die sinkenden Schülerzahlen und damit auf ein drohendes Schulsterben noch auf die Anforderungen, die sich aus PISA ergeben. Dieser Politik setzt die SPD-Landtagsfraktion ein **umfassendes integriertes Konzept zur Bildungspolitik** entgegen, das von der frühkindlichen Bildung bis zum Lernen im Alter, vom Kindergarten über Schule, Hochschule und Fort- und Weiterbildung alle Bereiche erfasst.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung setzt die SPD-Landtagsfraktion auf einen beschleunigten **Ausbau der Betreuungsplätze für Unterdreijährige** mit einem **Rechtsanspruch** auf einen Platz nach dem ersten Lebensjahr. Individuelle Förderung muss ganz früh beginnen. Deshalb muss schon in den Kindertagesstätten für jedes Kind ein **Bildungsförderplan**, erstellt werden, der Eltern und Erzieherinnen und Erziehern sowie später auch Lehrerinnen und Lehrern in der Grundschule wichtige Hinweise zur Entwicklung und zum individuellen Förderbedarf eines Kindes gibt. Kindertagesstätten sollen zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickelt werden.

**Kindergärten und Grundschulen** müssen **finanziell deutlich besser ausgestattet** werden. Kinder werden mit der Neugierde geboren, ihre Welt zu erforschen. Deshalb müssen wir ihnen die besten Möglichkeiten zum Lernen bieten. Wir dürfen Kindertageseinrichtungen nicht als den „Sparstrumpf“ des Bildungssystems verstehen, sondern als die „Investitionsbank“. Die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen ist ganz wesentlich für den erfolgreichen Einstieg der Kinder in die Schulzeit. Darum soll sich an den Kindergärten eine **flexible Schuleingangsstufe** anschließen, die zwei Schuljahre umfasst und von den Kindern je nach ihren individuellen Potenzialen und Fähigkeiten in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen wird. Alle Grundschulen sollen aufbauend auf dem Modell der Offenen Ganztagsgrundschule zu einem ‚Haus des Lernens‘ ausgebaut werden.

Internationale Vergleiche zeigen, dass das deutsche Bildungssystem bei den Schülerleistungen sowohl in der Spitze als **auch in der Breite lediglich durchschnittliche Ergebnisse** im Vergleich der Industrienationen erreicht. In unserem Bildungssystem bleiben zu viele Kinder auf der Strecke. Wir müssen umsteuern, um junge Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen entsprechend ihrer spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und Erfahrungen auszubilden. Unser Schulsystem verschwendet dagegen Talente. Zu viele Schülerinnen und Schüler werden aus höheren Schulen abgeschult, zu viele bleiben sitzen oder verlassen die Schule ohne Abschluss. Und noch immer ist die Abiturquote zu gering. Gleichzeitig zwingen sinkende Schülerzahlen zum Handeln. In den Städten und Gemeinden des Landes, insbesondere in den ländlichen Regionen, droht bedingt durch die demografische Entwicklung ein Schulsterben. Die Hauptschule gerät zusätzlich unter Druck.

Die richtige Antwort auf diese Entwicklung ist die **Einführung der Gemeinschaftsschule**. Sie bietet Raum für längeres gemeinsames Lernen in den Klassen 5 und 6. Ab Klasse 7 wird in der einzelnen Schule und vor Ort entschieden, ob sich Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen anschließen oder ob noch weiter gemeinsam unterrichtet werden soll. Die Gemeinschaftsschule bietet wohnortnah alle Bildungsgänge unter einem Dach und mit einem Lehrerkollegium an. In dieser Schule sind Übergänge jederzeit möglich; sie bietet die besten Voraussetzungen für das Fordern und Fördern jeder einzel-

nen Schülerin und jedes einzelnen Schülers, der Schwächeren und der Stärkeren.

Neben der Veränderung der Schulstruktur sind Inhalte und Qualität des Unterrichtes entscheidend für die Verbesserung der Qualität von Schule und Bildung. Die SPD-Landtagsfraktion will auch hier neue Wege gehen, um bessere Rahmenbedingungen zu schaffen: **Alle Schulen** sollen in der Perspektive **Ganztagschulen** und Selbständige Schulen werden, die **Aus- und Fortbildung** der Lehrer soll **intensiviert und grundlegend verbessert** werden.

## Wirtschaft, Innovation, Ökologie

Unser Ziel ist ein starkes und lebenswertes NRW. Unser Land bietet hierfür hervorragende Voraussetzungen, die zur Zeit nicht hinreichend genutzt werden. Vor allem die **Zusammenführung der guten strukturellen Bedingungen als Industrie-, Energie- und Dienstleistungsstandort**, aber auch als Wissens- und Innovationsregion erster Klasse mit dem vorhandenen Know-how im Bereich Umweltschutz, Ökologie und Klimaschutz gelingt noch nicht gut genug. Zwar wurden in der rot-grünen Vergangenheit gezielt Schwerpunkte (Cluster) definiert und entwickelt, aber der **Transfer aus den Wissensseinrichtungen** unseres Landes speziell in die mittelständischen Unternehmen ist noch **verbesserungsfähig**. Hier arbeiten wir zur Zeit an schlüssigen Konzepten. Gerade NRW hat die besten Voraussetzungen und Erfahrungen in der Zusammenführung von wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen. Dies werden wir stärker zur Geltung bringen.

## Sozialer Zusammenhalt

Seit ca. dreißig Jahren vergrößert sich die **Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut** stetig in Deutschland. In NRW lebt jeder Siebte in einkommensarmen Verhältnissen, jedes vierte Kind ist betroffen. Wir Sozialdemokraten setzen auf das Konzept des vorsorgenden Sozialstaats, der Menschen stärkt und ihnen frühzeitig Lebenswege durch individuelle Förderung und Chancengleichheit öffnet. Erst **Chancengleichheit garantiert die gleichberechtigte Teilhabe** an zentralen sozialen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und den sozialen Sicherungssystemen. Wir müssen diese Chancen bieten - und die Menschen müssen sie nutzen können. Wir wollen nicht, dass am Ende der Staat die Reparaturkosten für eine verfehlte Politik bezahlen muss. Insbesondere die Lage der betroffenen Kinder und Familien erfordert eine rasche konzertierte Aktion aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte. Deshalb wollen wir einen **umfassenden Ansatz, um Armut** in Deutschland und damit auch in NRW nachhaltig **zurückzudrängen**. Flickschusterei an der einen oder anderen Stelle (Mittagessen für Hartz IV-Kinder, Minimalförderung für ein Soziales Frühwarnsystem oder Familienzentren) sind eine gefährliche Symbolpolitik, die keine Besserung, sondern nur Enttäu-

schung bringt. Wir Sozialdemokraten sind bereit, jetzt wirklich nachhaltige Veränderungen auf den Weg zu bringen. Für uns ist das Themenfeld Sozialer Zusammenhalt ein Querschnittsthema, das neben familien- und sozialpolitischen Fragestellungen wie Armut insbesondere auch die Bereiche der Integration, das Konzept „soziale Stadt“, das Thema Sicherheit im weitesten Sinne und der sozialen Gerechtigkeit umfasst. Hier werden wir unsere Konzepte in den nächsten Monaten entwickeln und vorlegen.

## **Ausblick**

In den kommenden Monaten wird die SPD-Landtagsfraktion weiter an ihren Zukunftskonzepten arbeiten. Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Doch es gibt in unserem Land noch viele ungenutzte Potenziale, die gefördert, entwickelt und ausgebaut werden können und müssen. Hierzu werden wir unsere Wege und Ziele aufzeigen.